

Gesetzentwurf

des Abgeordneten Péter Vida (fraktionslos)

Gesetz zur Mitbestimmung beim Anliegerstraßenbau

Gesetzentwurf für ein

Gesetz zur Mitbestimmung beim Anliegerstraßenbau

Vom ...

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg

Dem § 8 Absatz 1 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. März 2004 (GVBl. I S. 174), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 10. Juli 2014 (GVBl. I Nr. 32 S. 30) geändert worden ist, wird folgender Satz angefügt:

„Übersteigt die Kostenbeteiligung der Beitragspflichtigen bei den zu erhebenden Straßenbaubeiträgen 66 vom Hundert der beitragsfähigen Aufwendungen, dürfen diese in Abweichung von Satz 2 nur erhoben werden, wenn die Mehrheit der Beitragspflichtigen der geplanten Maßnahme zuvor zustimmt, sofern keine Verpflichtung zur Durchführung der Maßnahme besteht.“

Artikel 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

Begründung:

Die Erhebung von Straßenbaubeiträgen stößt auf immer größere Akzeptanzprobleme. Insbesondere beim Anliegerstraßenbau verdichtet sich die Kostenbelastung auf ein mitunter unerträgliches Maß. Ziel dieses Gesetzesvorschlages ist, eine kostenmäßige Planungssicherheit für die Bürger zu ermöglichen. Sofern die Gemeinde eine Straße als Anliegerstraße einstuft und dementsprechend höhere Straßenbaubeiträge erhebt, weil der Eigenanteil der Beitragspflichtigen höher ist, sollen die Beitragspflichtigen über die geplante Maßnahme auch entscheiden dürfen. Sofern die Gemeinde die Mitbestimmung der Anlieger verhindern will, etwa weil die Straße überörtlichen Charakters sei, ist sie gehalten, diese etwa als Sammel- oder Haupterschließungsstraße zu klassifizieren und dementsprechend geringere Beiträge zu erheben.

Gerade in ländlich geprägten Ortsteilen ist für die beitragspflichtigen Anlieger kein Mehrwert in einer breit ausgebauten, etwa mit Parktaschen und Nebenwegen versehenen Straße zu erkennen, wenn sie hierfür (wie häufig vorkommend) fünfstelligen Beträge zahlen müssen.

Der Gesetzesvorschlag sieht vor, dass ab einer Beitragsbeteiligung von mehr als 66 % eine verbindliche Befragung stattfinden soll. Bei einer Lastentragung von rund zwei Dritteln oder mehr wird gemeinhin davon auszugehen sein, dass sowohl die sich nahezu ausschließlich auf den Beitragspflichtigen beziehende bauliche Auswirkung als auch die Akzeptanzbereitschaft eine verbindliche Befragung erforderlich machen.

Gemeinden, die eine Mitbestimmung der Anlieger praktizieren, können auf positive Erfahrungswerte verweisen. Die Akzeptanz von Verwaltungsentscheidungen wurde erheblich gesteigert. Die beitragspflichtigen Anlieger machen von ihrem Entscheidungsrecht umsichtig Gebrauch. Gelegentlich werden Ausbaumaßnahmen aktiv eingefordert. So wie diese Forderungen als Bürgerwille akzeptiert werden und Einfluss in die gemeindliche Entscheidung finden, sind auch Bürgervoten, die sich gegen derartige Maßnahmen aussprechen, zu respektieren.

Durch die Einschränkung, dass das Mitbestimmungsrecht in Fällen, in denen die Gemeinde zur Durchführung der Maßnahme gesetzlich verpflichtet, nicht gilt, wird sichergestellt, dass Maßnahmen, die aus Verkehrssicherungsgründen oder aufgrund von Verträgen durchgeführt werden müssen, in jedem Falle erfolgen können.

Aufgrund der laufenden Diskussion zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge wurde von verschiedenen Mitgliedern des Landtages gegen den Antrag „Gesetz zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge“ (Drucksache 6/8710) der Einwand erhoben, dass es sinnvoller wäre, die Mitbestimmung der Anlieger zu stärken, anstatt die Beiträge abzuschaffen.

Der vorliegende Gesetzentwurf soll die Möglichkeit geben, diesem Gegenvorschlag auch Taten folgen zu lassen.

Beratungsfolge

Dieser Gesetzesentwurf erübrigt sich, wenn der Antrag „Gesetz zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge“ (Drucksache 6/8710) beschlossen wird.